

**Ergänzungsantrag des Bündnis90/Die Grünen zum Antrag der WiV vom 07.02.2019 –  
für die Lawi-Sitzung am 14.03.2019 und die Ratssitzung am 04.04.2019**

Der Rat der Stadt Visselhövede lehnt die Erkundung und Förderung von Gas- und Ölvorkommen unabhängig von Art Weise der angewandten Methodik ab.

Die Stadt Visselhövede wird für diesen Zweck keine städtischen Grundstücke und Wegerechte zur Verfügung stellen, soweit dies rechtlich zulässig ist.

Der Rat der Stadt Visselhövede fordert die zuständigen Instanzen (LBEG, Niedersächsisches Wirtschaftsministerium, Niedersächsisches Umweltministerium, Niedersächsisches Gesundheitsministerium und den Landkreis Rotenburg (Wümme) mit seiner Umwelt-und Wasserbehörde) auf, Schäden an Menschen, Tieren, Umwelt und Trinkwasser abzuwenden.

Dies vor allem mit dem Hintergrund der ungeklärten, auffälligen Krebserkrankungen in räumlicher Nähe zur Erdgasförderung in unserem Landkreis und Nachbargemeinden. Die ungeklärten gesundheitlichen Folgen bei der Förderung von Gas-und Ölvorkommen nehmen wir sehr ernst.

Solange die Ursachen für die auffälligen Krebserkrankungen in unseren Nachbargemeinden nicht eindeutig geklärt werden konnten, sind alle Aktivitäten zur Erkundung und Förderung von Gas- und Ölvorkommen in Visselhövede auszusetzen.

Für den Fall einer Genehmigung des Vorhabens, fordert der Rat der Stadt Visselhövede:

- - Ein Verbot von Bohrungen in Vorranggebieten zur Wassergewinnung;
- - Im Vorfeld der Genehmigung ein Gutachten über die für die Wassergewinnung relevanten Gebiete auf bis zu 500 Meter Tiefe, sowie über die Qualität der Oberflächengewässer;
- - Die Einrichtung von Grundwassermessstellen im Umkreis der Bohrungen;
- - Die Verpflichtung, anfallendes Abwasser einer Wiederaufbereitung zuzuführen;
- - Die Verpflichtung, die Wasserversorgung über städtisches Wasser zu organisieren;
- - Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ( UVP) für alle Bohrvorhaben und eventuelle Erweiterungen;
- - Luftmessungen vor, während und nach der Erkundung und Förderung;
- - Den Verzicht auf das Abfackeln mit offener Flamme.

Ähnliche Resolutionen haben auch schon Nachbargemeinden verabschiedet. Es wäre ein wichtiges Signal.

gez.

Heiner Gerken  
11.03.2019